



NRW mach neu!

NRWSPD mach neu!

Nordrhein-Westfalen mach neu!

Bildungssystem mach neu!

NRW Jusos mach neu: Teams!

Mit Beiträgen von:

Sanae Abdi, MdB

DGB & DGB-Jugend NRW

Selin Arpaz, Jusos Bremen

Nr.
26

April 2023



LIEBE NRW JUSOS,

Eine Ausgabe der Stadt.Land.Links getreu dem Motto „Mach neu“ konnten wir bereits vor ziemlich genau sechs Jahren in den Händen halten. Damals widmete sich unser Verband der Wahlschlappe nach der Landtagswahl 2017 und der daraufhin nötigen Parteierneuerung. Hannelore Kraft hatte gerade das Handtuch geworfen, die NRWSPD wurde in die Opposition geschickt. Fast forward ins Jahr 2023: Die zweite Landtagswahl in Folge ist krachend verloren, unsere Mutterpartei schon wieder in der Opposition. Und nun stehen wir mittlerweile auch wieder ohne Landesvorsitz da. Würde jemand eine Reality Show über die NRWSPD drehen, würden wohl mehr und mehr Zuschauer*innen abschalten, denn der Plot scheint sich zu wiederholen.

Doch genau das wollen wir NRW Jusos natürlich nicht so einfach hinnehmen, sondern sind vorne mit dabei, Lösungen zu erarbeiten. Es ging und geht uns auch nie darum, einzelnen die volle Verantwortung zu übertragen und ihnen beim Gehen zuzuschauen. Wir wollen inhaltlich und organisatorisch neu machen und damit das Drehbuch jetzt umschreiben, damit die NRWSPD nicht auch noch vom denkbar schlechtesten Sendeplatz irgendwann ganz abgesetzt wird!

Und deshalb wollen wir mit dir in dieser Ausgabe vor allem ausloten, welche Forderungen auf unsere Analyse zum Zustand der Partei eigentlich nun eingelöst werden müssen und wie wir uns für den inzwischen auf den Sommer verschobenen Landesparteitag aufstellen. Und natürlich haben wir deshalb auch Pläne für den neuen Cast der NRWSPD-Show: Mit Sanae Abdi schicken wir eine aus unseren Reihen ins Rennen um einen Platz als stellvertretende Vorsitzende. Wir wären aber natürlich nicht die NRW Jusos, wenn es uns nur um die Besetzung der Posten gehen würde. Wir haben auch einen Plan, was inhaltlich passieren muss. Und deshalb heißt es jetzt: Spoiler-Alarm, denn wenn es nach uns geht, dann wird sich die neue Staffel der NRWSPD um eine echte Offensive in der Bildungspolitik und die Erarbeitung einer wirklich progressiven Innenpolitik drehen. Im Kern geht es um Chancengleichheit, denn die ist gerade mehr Wunsch als Realität. Und auch eine Prise Drama darf natürlich nicht fehlen: Wir wollen an die Struktur der Partei! Schluss mit Listenaufstellungen, die weder dem Regionalproporz noch der Diversität unserer Fraktion dienen. Schluss mit Parteitagen, auf denen niemand richtig diskutiert, weil eine Antragskommission vorher schon alles geregelt hat. Und Schluss mit einem Parteivorstand, der sich mehr als Aufsichtsrat versteht statt als inhaltlichen und strategischen Motor der Sozialdemokratie in NRW!

Ich bin mir sicher: Gemeinsam gelingt uns der Plot Twist, der die NRWSPD wieder zu der Partei werden lässt, die die Menschen in NRW brauchen und der sie gerne ihre Stimme geben. Und deshalb bin ich auch sehr stolz darauf, dass wir als Jusos nicht müde werden, unser NRW wieder auf links zu drehen.

Eure Nina

Nina Gredike



NRWSPD MACH NEU!

*Seit der historisch verlorenen Landtagswahl 2022 zermartern sich viele Genoss*innen den Kopf, woran es denn gelegen hat. Als NRW Jusos bringen wir uns – beim Landesparteitag und darüber hinaus – ein, denn linke Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, das geht nur mit einer starken und zukunftsfesten SPD. Und die gibt es nur, wenn wir junge Menschen wieder für unsere Ideen begeistern können!*

Bereits zur Landeskongress 2022 haben wir als NRW Jusos grundsätzliche Anforderungen an eine Erneuerung der NRWSPD beschlossen und leisten unseren Beitrag, um strukturelle und inhaltliche Defizite zu beheben. Nachdem wir die Landtagswahl 2022 mit dem historisch schlechtesten Ergebnis verloren haben, macht sich die berechnete Sorge breit, dass wir die sogenannte Herzkammer der Sozialdemokratie verlieren. Dieser Sorge wirken wir aktiv entgegen, indem wir die wichtigen Inhalte unserer Zeit nach vorne stellen und die Strukturen dieser Partei verändern wollen.

Als NRW Jusos ist für uns dabei entscheidend, dass wir in erster Linie zur Analyse des Problems beitragen. Dabei erkennen wir auch immer wieder unsere Verantwortung an, zur Lösung der Probleme konstruktiv und immer auch kritisch solidarisch beizutragen. Klar ist, dass der Landesparteitag im Sommer die entscheidende Bühne sein muss, um unseren Visionen einer zukunftsfähigen NRWSPD deutlich Ausdruck zu verleihen. Als Jungsozialist*innen sehen wir insbesondere die Herausforderung, junge Menschen mit unseren

Inhalten anzusprechen und ihre Bedürfnisse in das politische Geschehen einzubeziehen.

Dazu fordern wir selbstverständlich auch, dass die Probleme und Forderungen von jungen Menschen von unseren Akteur*innen der Mutterpartei in Nordrhein-Westfalen anerkannt und in die politische Arbeit aufgenommen werden. Dass wir bei vergangenen Wahlen einen Großteil unserer Stimmen im Feld der älteren Generationen gewonnen haben, muss uns zu denken geben. Eine Partei, die in ihrer Mobilisierung und Themensetzung nicht auch junge Menschen, die sich gerade erst politisieren, begeistert, fährt kurzfristig auf Sicht und mittelfristig in den Graben. Das haben auch die sich verschlechternden Wahlergebnisse der letzten Jahre deutlich gemacht. Eine Partei, die mit ihren Themen und Spitzenpolitiker*innen bei den existenziellen Konflikten junger Menschen kaum eine Rolle spielt, braucht sich auch nicht über zurückgehende Mitgliederzahlen wundern.



Die Herzen von **Nina (25)** und **Alicem (24)** schlagen laut und unentwegt für den demokratischen Sozialismus, die Sozialdemokratie und für NRW. Viel Herzblut fließt für die Herzkammer, unter anderem in diesen Text zur NRWSPD, die in den nächsten Jahren einen langen Weg vor sich hat!

Dass junge Menschen sich nach sozialdemokratischen Antworten auf die Probleme der Zeit sehnen, wird dadurch deutlich, dass sich ein prozentual hoher Anteil der Gruppe der 18- bis 30-Jährigen vorstellen kann, die SPD zu wählen (Vgl. FES Diskurs, September 2022, S. 11). So ist natürlich die entscheidende Frage, warum sie es nicht tun. Als NRW Jusos sehen wir unter anderem zwei große Defizite unserer Mutterpartei:

Nicht nur die große Zahl der Nichtwähler*innen bei der vergangenen Landtagswahl zeigt uns: Die NRWSPD erscheint nicht mehr als die Partei, die glaubhaft jene Inhalte verkörpert, die das Leben der Menschen in NRW zum Besseren wendet. Auch die ständige Fokussierung auf wortwörtlich alte Zielgruppen geht an der Notwendigkeit einer ehrlichen und konsequenten inhaltlichen Profilierung, wie sie sich junge Wähler*innen und etwa migrantisierte Menschen wünschen, vorbei. Besonders diese Gruppen zählen in der Analyse der Partei offensichtlich nicht zu den sozialdemokratischen Zielgruppen, was uns nur verwundern kann, wenn doch offensichtlich ist, dass wir ein Problem damit haben, Wähler*innen von uns zu überzeugen. Ob eine ernsthafte strukturelle Veränderung des Bildungssystems, die sichere Arbeit und Ausbildung von morgen oder Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur für junge Menschen: In NRW gibt es viele Fragen und Herausforderungen, doch die Lösungen finden die Wähler*innen offensichtlich nicht bei der SPD.

Wenn Politiker*innen in NRW gefragt werden, was sie an unserem Bundesland besonders schön finden, antworten sie häufig damit, dass sie das Land als divers und vielseitig wahrnehmen. Doch die wenigsten Politiker*innen verkörpern dieses Schöne an NRW. Dass dann auch der Einsatz für die Diversität in unserem Land fehlt, ist nicht verwunderlich. Dabei suchen gerade junge Menschen nach Identifikationsfiguren, die sie in den Reihen der NRWSPD, egal ob im Landtag oder auf den Funktionsebenen, nur allzu selten antreffen können. Dabei mangelt es in der SPD nicht an tollen und kompetenten Menschen, die die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen und jungen Menschen repräsentieren könnten, sondern am Willen, diese Menschen strukturell zu unterstützen. Denn allzu häufig wird ignoriert, dass auch die Strukturen in unserer Partei für alte weiße Männer ausgelegt sind, wodurch die Inhalte und die Menschen der NRWSPD in vorderster Reihe eine Gesellschaft widerspiegeln, die so gar nicht existiert. Und schon gar nicht in NRW!

Wir NRW Jusos bleiben aber nicht bei dieser Analyse stehen, sondern liefern Lösungsvorschläge ab, denn wir wissen: Wenn die NRWSPD nicht Gefahr laufen möchte, in der Bedeutungslosigkeit zu versinken, ist jetzt die Zeit zu handeln. Die Sozialdemokratie wird gebraucht. Auch in NRW.

Und deshalb fordern wir für eine inhaltliche und strukturelle Erneuerung der Partei...

... eine ehrliche Diskussion, welche Zielgruppen im Fokus der NRWSPD stehen, um die nötige inhaltliche Neuaufstellung daran zu orientieren.

... ein neues System für die Listenaufstellung, das dafür Sorge trägt, dass unsere Listen die Diversität in NRW widerspiegeln.

... eine neue Offensive in unserer Bündnisarbeit. Denn natürlich sind Regierungsparteien für Bündnispartner*innen häufig die attraktivere Ansprechstation. Dem müssen wir eine aktive Bündnisarbeit entgegensetzen, um gemeinsam Druck auf die schwarz-grüne Landesregierung zu machen.

... neue Diskussionsorte und Partizipationsmöglichkeiten in der Partei. Das meint sowohl eine Reformierung des Landesvorstandes vom Aufsichtsrat in ein auch inhaltlich prägendes Gremium, als auch die überfällige Abschaffung der lähmenden Antragskommission bei Landesparteitagen.

... eine Anerkennung unseres Verbandes als wichtigen inhaltlichen Motor für die NRWSPD und die Fraktion im Landtag und deshalb einen Platz der NRW Jusos in den Sitzungen der Fraktion.

... neue Konzepte für eine sozialdemokratische Bildungs- und Innenpolitik, die tatsächlich einen Unterschied für die Menschen in NRW machen und nicht einfach den Vorstellungen der konservativen Konkurrenz nacheifern.

... und natürlich konsequenterweise eine NRWSPD, die die Partei für Zukunftsinvestitionen wird und der Schuldenbremse sowie der schwarzen Null der politischen Konkurrenz den Kampf ansagt.



INSTAGRAM:
@SANAЕ_CCAA

HIER KONNT IHR NOCH MEHR
ÜBER SANAЕ ERFAHREN:



WEBSITE



TWITTER:
@_SANAЕABDI

NRWSPD MACH NEU!

SANAЕ

Wer sich frischen Wind in unserer NRWSPD wünscht, für den/die ist Sanae Abdi die richtige Kandidatin – genau deshalb haben wir NRW Jusos sie als stellvertretende Landesvorsitzende nominiert!

*Ein Gastbeitrag von Sanae Abdi –
Juso-Bundestagsabgeordnete, Nordrhein-Westfälin
mit Kölschem Hätz und Solidarität im Blut:*

Könnt ihr euch noch an den Sommer vor zwei Jahren zurückerinnern? Die Monate Juli, August und September 2021, als wir von Wahlkampfaktion zu Wahlkampfaktion sprangen? Da hatten wir einen krassen Plan: Wir wollten Jusos in den Bundestag bringen. Nicht weil Berlin so viel schöner als das Ruhrgebiet, Westfalen oder das Rheinland ist. Nein, sondern weil wir der Auffassung waren, dass junge SPDler*innen mit jungsozialistischen Überzeugungen im Bundestag längst überfällig sind. Vielleicht erinnert ihr euch, ich war eine von den jungsozialistischen Genoss*innen auf den schwarz-roten Wahlplakaten.

Nun bin ich Teil des vielfältigsten Bundestags, den wir je hatten, aber das reicht mir nicht. Während ich mich tagtäglich in der Entwicklungs- und Klimapolitik für mehr soziale sowie klimabedingte Gerechtigkeit sowohl national als auch international einsetze, geht mir das Bundesland – tief im Westen Deutschlands – nicht aus dem Kopf.

In Marokko geboren, in Lüdenscheid aufgewachsen und in Köln zu Hause, verkörpere ich das, was viele mit Nordrhein-Westfalen verbinden: Ein Land von Vielfalt. Aber diese Vielfalt braucht mehr als das, was eine schwarz-grüne Landesregierung geben kann, und zwar echte Chancengerechtigkeit.

Die Forderung nach Chancengerechtigkeit ist so vielfältig wie NRW selbst. Daher müssen wir als Sozialdemokrat*innen wieder dafür sorgen, dass wir das Vertrauen der Bürger*innen, ob in Münster-Kinderhaus, Dortmund-Nordstadt oder Köln-Höhenberg, in unterschiedlichsten Bereichen zurückgewinnen.

Das geht zum einen nur mit einem Perspektivwechsel in der Migrationspolitik. Denn die Vielfalt, die in NRW steckt, muss sich so auch in allen Lebensbereichen widerspiegeln, ob beim Recht auf Asyl, der Einwanderung, der politischen Mitbestimmung oder der Woh-

nungssuche. Gleichzeitig sind die Folgen des Fachkräftemangels in NRW in unterschiedlichsten Sektoren spürbar. Um dem entgegenzuwirken, braucht es einerseits eine grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen, aber auch einen Kurswechsel in der Integrationspolitik.

Neben Migration gibt es noch ein anderes Thema, das mich auf unterschiedlichsten Ebenen beschäftigt: die Klimakrise. Aber gerade nach der Räumung von Lützerath kommt vielen, wenn sie an NRW denken, nicht das Schlagwort „Klimagerechtigkeit“ in den Kopf. Dabei ist das Potenzial groß. Als Land der Kohle und Bergwerke müssen wir unseren Blick in die Zukunft richten und dem Klimawandel mit einem klaren Fahrplan begegnen. Eine Verkehrswende in Richtung Klimaneutralität, das Ende fossiler Energien und ein beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien können nur dann gelingen, wenn Bund und Land gemeinsame Rahmenbedingungen schaffen.

„ICH BIN BEREIT, FÜR ALL DAS ZU KÄMPFEN, WAS EUCH WICHTIG IST. FÜR DIE VIELFALT IN UNSERER PARTEI, FÜR DIE GROSSSTADT, IN DER ICH LEBE, FÜR DAS DORF, AUS DEM ICH KOMME. FÜR DIE MENSCHEN, DIE HOFFNUNG IN UNS SETZEN UND UNS GEWÄHLT HABEN. FÜR DIE, DIE UNS SOZIALDEMOKRAT*INNEN MAL FRÜHER GEWÄHLT HABEN. UND FÜR DIE, DIE NOCH KEINE STIMME HABEN UND NICHT GEHÖRT WERDEN!“

Für mich sind Migrations- und Klimapolitik ursozialdemokratische Themen. Hier werden zentrale Positionen beschlossen, die darüber entscheiden, ob wir in Zukunft der sozialen Ungleichheit und weiter ansteigenden Armut ein Ende setzen oder die soziale Perspektive bei der Bekämpfung der aktuellen Krisen außen vor lassen.

Ich habe mich fürs erstere entschieden und das möchte ich nun auch im Landesvorstand der NRWSPD mit eurer Unterstützung unter Beweis stellen.

NRW MACH NEU!

GEMEINWOHL



Beim Blick in den sogenannten „Zukunftsvertrag“ der schwarz-grünen Landesregierung ergibt die Begriffssuche nach „Gemeinwohl“ ganze acht Treffer auf fast 150 Seiten. Die Suche nach „Markt“ spuckt hingegen 28 Stellen aus, in denen sich die Landesregierung der Marktkonformität ihrer Politik widmet. Der Koalitionsvertrag für NRW gibt allein damit schon erste Hinweise auf die Gewichtung des Gemeinwohls in der Politik der Landesregierung. Der realpolitische Output nach den ersten neun Monaten Schwarz-Grün in NRW tut sein Übriges.

In unserem Arbeitsprogramm haben wir das Gemeinwohl zu einem unserer Schwerpunktthemen der politischen Arbeit in nächster Zeit erklärt. Für uns ist dabei klar, dass die Gemeinschaft, um deren Wohl es Politik gehen muss, niemals nur durch die Mehrheitsgesellschaft definiert werden kann, sondern stets inklusiv zu denken ist. Schließlich sind es die marginalisierten Gruppen unserer Gesellschaft, die bei neoliberaler Klientelpolitik, wie sie auch die aktuelle Landesregierung betreibt, auf der Strecke bleiben.

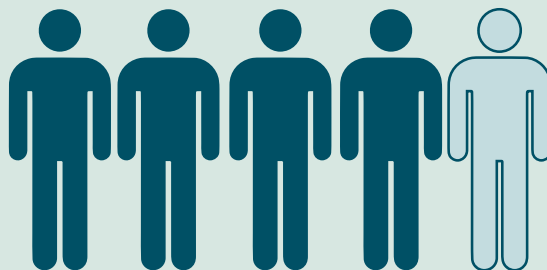
Schauen wir uns den Status quo an, zeigt sich schnell enormer Handlungsbedarf. Fast jede fünfte Person (18,7%) in Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile von Armut betroffen. Doch bei Entlastungen und sozialen Fragen zeigt der CDU-Ministerpräsident reflexartig auf die Bundesebene und verkennet so, dass zentrale Felder der öffentlichen Daseinsvorsorge auch zu den Aufgaben der Länder zählen. So bleiben wirksame Maßnahmen der Armutsbekämpfung auf Landesebene, wie ein Mobilitätzuschuss oder kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen, schlicht aus.



Jenson (21) blickt auf die soziale Frage in Nordrhein-Westfalen – und sieht sie von Schwarz-Grün bitter vernachlässigt

Apropos Schule: Gute Bildung ist bekanntlich der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und gesamtgesellschaftlichem Gemeinwohl. Für uns ist Schule aber nicht nur ein Ort zur Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Wir wollen zusammen mit der JSAG (Juso Schüler*innen und Auszubildendengruppe) unser Konzept für eine Demokratisierung der Schule vorantreiben, die neben Mathe und Englisch stets demokratische Solidarität lehrt.

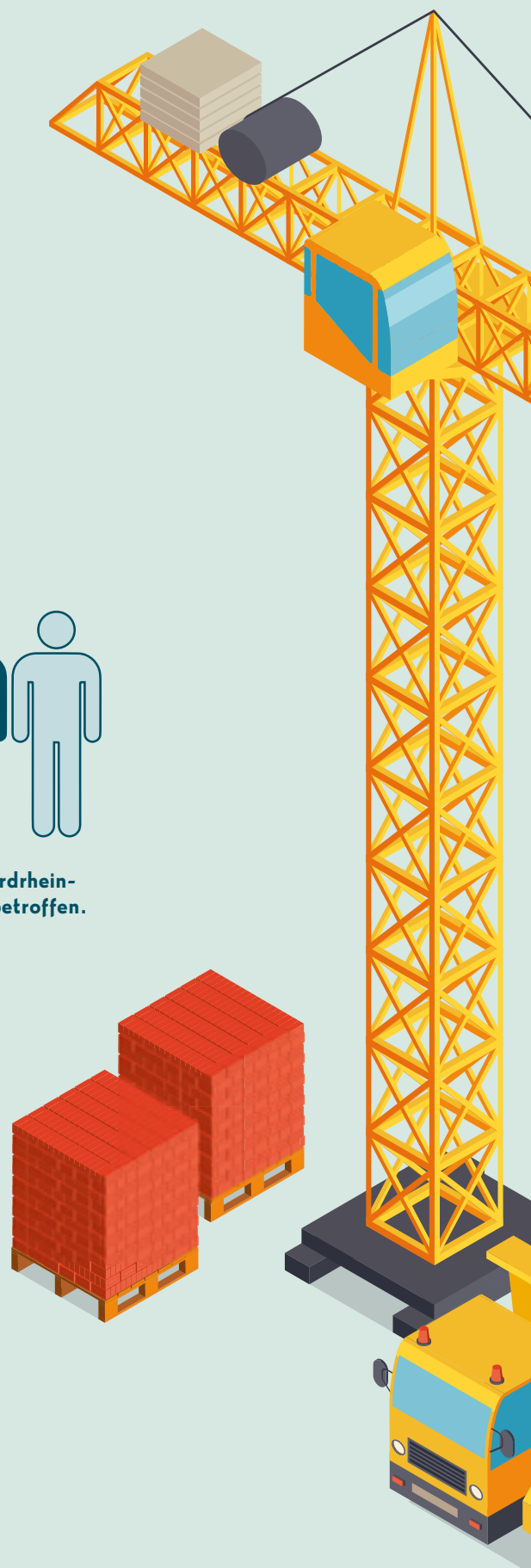
Auch beim nächsten Bildungsschritt besteht akuter Handlungsbedarf, denn eine chronische Unterfinanzierung der Studierendenwerke, horrenden Mietpreise und mangelnde Ausbildungsplätze setzen jungen Menschen, die nicht vom familiären Geldbeutel abgesichert sind, schon bei den ersten Schritten in ein eigenes Leben enorm zu.



Fast jede fünfte Person (18,7%) in Nordrhein-Westfalen ist mittlerweile von Armut betroffen.

Dazu schwebt die Klimakrise wie ein Damoklesschwert über den Zukunftsplänen unserer und der folgenden Generationen. Es ist höchste Zeit für eine klimagerechte Transformation unseres Bundeslandes – ob in der Wirtschaft und der Industrie, die NRW wie kaum ein anderes Bundesland prägt oder im Bereich der Mobilität, die bezahlbar und nachhaltig sein muss.

Damit unser viel beschworenes Ziel des guten Lebens für alle in Zukunft Realität werden kann, braucht es eine Politik, die sich nicht den mystischen Kräften des Marktes oder der neoliberalen Idee mit grünem Anstrich verschreibt, sondern konsequent das Gemeinwohl vor Profit stellt und Teilhabe aller organisiert. Wir sagen: NRW mach neu! Wir helfen auch gerne mit!



NRW MACH NEU!

INNEN- & SICHERHEITSPOLITIK



„Kriminalität ist in NRW wieder deutlich gestiegen“ titelten Zeitungen, als Innenminister Reul im Februar die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2022 vorstellte. Ihr zufolge sind etwa die Zahlen im Bereich häuslicher Gewalt, aber auch die Kinder- und Jugendkriminalität im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

AM SICHERSTEN MIT PRÄVENTION

Über die Ursachen kann man lange streiten. Gerade die Zahlen im Bereich Kinder- und Jugendkriminalität zeigen jedoch, wie wichtig präventive Ansätze sind. Hierzu zählen etwa die Förderung von Gewaltpräventionsprogrammen, handlungsfähige Kommunen und Schulen sowie, ganz allgemein, ein starker Sozialstaat. Daran wird deutlich, dass sich der Komplex Innen- und Sicherheitspolitik mit dem Bereich Gemeinwohl überschneidet. Um beide Themenblöcke zusammenzudenken, haben wir als NRW Jusos beschlossen, hier unsere beiden großen inhaltlichen Schwerpunkte zu legen. Ohne das wir schon zu viel vorweg nehmen wollen, stechen aber jetzt schon einige Dinge ins Auge:

TASEREINSATZ BEENDEN

Dass innere Sicherheit Geld kostet, ist nicht von der Hand zu weisen. Der für 2023 verabschiedete Haushaltsplan NRW sieht insgesamt knapp sechs Milliarden Euro für Aufwendungen in diesem Bereich vor. Sparen könnte man hingegen an der Anschaffung von Tasern. Mehrere Polizeibehörden in NRW arbeiten mittlerweile mit diesen Geräten, denen Reul eine „präventive und deeskalierende Wirkung“ zuschreibt. Der Einsatz von Tasern wird jedoch zurecht kritisiert. Dass sie nicht automatisch deeskalieren, zeigte zuletzt der Fall des 16-jährigen Mouhamed Dramé in Dortmund. Außerdem handelt es sich keineswegs um ungefährliche Waffen: Taser können Gesundheitsschäden bis hin

zum tödlichen Herzstillstand herbeiführen, insbesondere bei gesundheitlichen Vorbelastungen, die für die Polizeibeamt*innen in aller Regel nicht erkennbar sind.

VERSAMMLUNGSGESETZ NEU MACHEN

Auch beim Versammlungsgesetz NRW sehen wir Handlungsbedarf: Hier wäre es etwa dringend nötig, die Anmeldung einer geplanten Versammlung wieder zu vereinfachen und die Befugnis zur Errichtung polizeilicher – und potenziell von der Versammlungsteilnahme abschreckender – Kontrollstellen bei Versammlungen wieder einzuschränken. Wir wollen auch kein schwammiges Einschüchternungsverbot, sondern eine grundsätzlich versammlungsfreundliche Neuausrichtung des Gesetzes. Während die Landesregierung hier laut Koalitionsvertrag lediglich evaluieren will, sagen wir: Macht lieber gleich neu! Die Versammlungsfreiheit ist ein elementarer Bestandteil unserer Demokratie, wir wollen ein Versammlungsgesetz, das dem gerecht wird!

SICHERHEITSHALBER LINKS:

DIE SCHWERPUNKTWOCHENENDEN

Wir haben aber sicherlich noch deutlich mehr Ideen, was sich in NRW neu machen lässt. Um über unsere Visionen zu diskutieren und gemeinsam einen jungsozialistischen Sicherheitsbegriff zu entwickeln, kommen wir 2023 zu den Schwerpunktwochenenden vom 21. bis 23. April sowie vom 15. bis 17. Dezember zusammen. Wir haben Bock, der Sicherheitspolitik in NRW nicht nur einen roten Anstrich, sondern gleich eine Kernsanierung zu verpassen!



Lisa (27) lädt zur Diskussion über Innen- und Sicherheitspolitik ein – und ganz besonders zu den Schwerpunktwochenenden!



BILDUNG MACH NEU!

FÜR EIN JUNGSOZIALISTISCHES BILDUNGSSYSTEM

Marode Schulgebäude, veraltete Lehrbücher, fehlende Diversitätssensibilität, strenges Aussortieren nach Klasse Vier und der Bildungserfolg hängt immer noch vom Geldbeutel der Eltern ab. All diese Erkenntnisse sind bereits seit den ersten PISA-Studien bekannt und immer noch diskutieren wir in politischen Räumen über deren stetig wachsende Auswirkungen. Die Corona-Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht, dass die Reformierung unseres Bildungssystems eine Frage der Chancengerechtigkeit ist und unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Das Bildungssystem kann dabei als Motor einer chancengerechteren Gesellschaft verstanden werden, in dem jedes Kind und jede*r Jugendliche den eigenen Lebensweg selbstbestimmt und bestmöglich gestalten kann. Trotz dieser langjährig existierenden Analyse beobachten wir gleichsam eine schwarz-grüne Landesregierung, die mit dem Stillstand im Bildungssystem und den daraus resultierenden Härten gut leben kann und der Jugend die Möglichkeit einer chancengerechteren Zukunft raubt. So findet sich beispielsweise im Koalitionsvertrag nicht einmal der Versuch, Familien aus prekären Lebensverhältnissen zu entlasten, z.B. durch eine flächendeckende Gebührenfreiheit.

„Weil Bildung mit uns anders geht“

Gerade im Rahmen des ablaufenden Schulfriedens halten wir die Schulstrukturdebatte im Kontext eines chancengerechteren Bildungssystems für enorm wichtig, denn unser Bildungssystem ist marode und ungerecht. Auf diesem Stand steht es schlichtweg still – seit Jahrzehnten. Für uns ist klar: auch der Schulfrieden hat dazu beigetragen. Deshalb ist es jetzt umso wichtiger, dass wir als NRW Jusos und Sozialdemokratie deutlich machen: mit uns wird es keinen weiteren Schulkonsens geben, der den Status quo verteidigt und weitere Jahre des Stillstands schafft. „Weil Bildung mit uns anders geht“ war ein Slogan, den wir im Rahmen der Landtagswahl für bildungspolitische Forderungen genutzt haben. Trotz der verlorenen Landtagswahl und der Ambitionslosigkeit der Landesregierung haben wir unseren jungsozialistischen Anspruch an ein gerechteres und allen frei zugängliches Bildungssystem nicht außer Acht gelassen. Der Slogan gilt heute nach wie vor und ist im Rahmen des ablaufenden Schulfriedens umso wichtiger. Bildung muss mit uns anders gehen, da daran unsere Zukunft hängt. Schule mach neu!

UNSERE VISION EINER SCHULE FÜR ALLE

Wir Jungsozialist*innen müssen unsere Vision einer Schule für alle verteidigen und die Schulstrukturdebatte auch endlich in die Partei bringen, denn: Bildungsgerechtigkeit wird in dem jetzigen System, das Schüler*innen durch seine Mehrgliedrigkeit selektiert, weiterhin eine Utopie bleiben. Es ist Zeit, das veraltete System hinter uns zu lassen! Es ist Zeit für die inklusive Ganztags Gesamtschule (IGGS)!

Unsere Vision der Schule für alle ist ein Konzept, das endlich Schluss mit der Mehrgliedrigkeit unseres Systems macht und auf gemeinsames Lernen setzt. Ein Konzept, so zeigen es internationale Schulleistungsstudien, mit dem ein Bildungssystem durch längeres gemeinsames Lernen gerechter und leistungsstärker gestaltet werden kann. Die Schule für alle setzt auf inklusive Bildung mit kleinen Klassen zur individuellen Förderung und multiprofessionellen Teams, die neben den Lehrkräften die Schüler*innen begleiten und unterstützen. Auch schafft die Schule für alle Platz für demokratische Teilhabe der Schüler*innen am Schulalltag – durch die Erweiterung der Schüler*innenvertretungsrechte und Mitsprache in allen schulischen Gremien! Eine detaillierte Übersicht über unsere Vision findet ihr im Beschluss-Wiki der NRW Jusos.

BILDUNG ÜBER DAS SCHULTOR HINAUS

Bildung stoppt nicht am Schultor, sie sollte uns ein lebenslang kostenfrei begleiten können. „Jede in Anspruch genommene Weiterbildungsförderung, die dazu führt, dass eine Weiterbildung überhaupt durchgeführt wird und die infolgedessen den Wechsel in einen anderen (besser bezahlten) Job ermöglicht oder eine Arbeitslosigkeit verhindert, ist eine lohnenswerte Investition.“ – so steht es in unserer Beschlusslage. Deshalb ist für die NRW Jusos klar: es braucht eine Erhöhung der Förderquote und der Fördersumme des Bildungsschecks NRW sowie eine Kampagne, die über die Möglichkeit der Inanspruchnahme des Bildungsschecks aufklärt. Bildungsschecks sind „Gutscheine“, mit denen Einzelpersonen oder Unternehmen eine berufliche Weiterbildung finanzieren können!



FÜR FAIRE AUSBILDUNG UND CHANCENGERECHTES STUDIEREN!

Für uns Jungsozialist*innen ist klar, dass es eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf mindestens 750€ braucht. Auch haben wir lange für eine echte Ausbildungsplatzgarantie gekämpft. Endlich haben wir eine echte Garantie mit einem Rechtsanspruch durchsetzen können, der besonders die jungen Menschen in den Blick nimmt, die entweder erfolglos eine Ausbildung suchen oder aber schon lange in Maßnahmen des Übergangssystems sind. Der Rechtsanspruch wird insbesondere die jungen Menschen in den Blick nehmen, die entweder erfolglos eine Ausbildung suchen oder aber schon lange in Maßnahmen des Übergangssystems sind. Eine solche Ausbildungsplatzgarantie würde insbesondere in Nordrhein-Westfalen Perspektiven auf dem von der schwarz-grünen Landesregierung vernachlässigten Ausbildungsmarkt eröffnen: allein in NRW befanden sich im September 2022 über 17.000 Menschen auf Ausbildungsplatzsuche, hinzu kommen ca. 40.000 junge Menschen im Übergangssystem.

Darüber hinaus ist eine grundlegende Reform des BAföG zentral, um Ausbildung und Studium sozial gerechter zu gestalten. Bildung, egal welche, muss unabhängig vom Geldbeutel immer und überall zugänglich sein. Wir und auch die Juso-Hochschulgruppen fordern ein eltern- und altersunabhängiges BAföG und auch, dass Studierenden durch die Corona-Pandemie kein Nachteil in ihrem Studium entsteht.

ZEIT FÜR VISIONEN, ZEIT FÜR JUNGSOZIALISTISCHE BILDUNGSPOLITIK!

NRWSPD mach neu! Liebe NRWSPD, das bedeutet auch endlich den Mut, sich für große Visionen einzusetzen. Wir haben eine Vision für eine Schule für alle, wir sind bereit für Veränderung – die Frage ist nur: seid ihr es auch?



Audrey (27) und Johanna (20) aus unserem Landesvorstand haben ein klares Bild davon, wie eine „Schule für alle“ und ein zeitgemäßes Bildungssystem aussehen können!

DEMOKRATIE BRAUCHT GEWERKSCHAFTEN!



Die Gewerkschaften sind wichtiger Kern der Demokratie in Deutschland. Das unterstreicht Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW, mit einem Gastbeitrag im Zulauf auf den Tag der Demokratie am 17. Juni.

Liebe Kolleg*innen,

der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs auf zwei Grundpfeilern neu errichtet. Erstens – wir schaffen die Einheit. Nie wieder sollten die deutschen Gewerkschaften durch politische Zersplitterung so schwach sein, dass sie der Zerschlagung der Demokratie zu wenig entgegen setzen konnten.

Zweitens: ein klares und unverrückbares Bekenntnis zur Demokratie. Demokratie nach innen, in der wir alle unsere Entscheidungsprozesse gemeinsam und solidarisch durchlaufen. Die Einheit verpflichtet uns hierzu und wir sind stolz, dass wir dieses Prinzip seit unserer Gründung aufrecht halten können. Wir sind die Bewegung in Deutschland, die parteiübergreifend die großen Themen der Zeit nicht nur kommentiert, sondern unter einem Dach der Solidarität umfassend und auf Augenhöhe diskutiert und eine Lösung im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen findet. Keine Organisation in Deutschland ist so vielfältig in Personen und Meinungen und gleichzeitig so klar, wenn wir zu einer Entscheidung gekommen sind. Das ist gelebte Demokratie. Dafür stehen wir ein. Und diese demokratische Tradition verteidigen wir.

Der DGB und seine Gewerkschaften sind die einzige Kraft in unserem Land, welche in so vielen gesellschaftlichen Bereichen fest verankert und mit einer demokratischen Haltung tätig ist. Tausende Kolleginnen und Kollegen sind ehrenamtlich aktiv, fest verankert im Betrieb und der Region und geben den Gewerkschaften ein Gesicht. Sie wissen, welche Themen die Menschen bewegen und sie stehen vor Ort ein für Vielfalt und Solidarität.

In der Politik nutzen wir die Chance, die wir als Einheitsgewerkschaften haben, mit allen demokratischen Parteien für gute Arbeit zu kämpfen und das Beste für unsere Kolleginnen und Kollegen zu erreichen. Wer, wenn nicht wir, die in sich selbst aus allen demokratischen Strömungen zusammengesetzt sind, könnten hier besser als Mittler*innen für gute Arbeit kämpfen und Kompass einer guten Zukunft sein? Und wenn wir das Anwachsen sozialer Spaltung und Armut beklagen, so sind Tarifverträge das entscheidende Element, hier gegenzuwirken. Nur so können Arbeitsbedingungen auf Augenhöhe verhandelt werden, so wird demokratische Mitwirkung der arbeitenden Menschen ermöglicht.

Schließlich sind wir in der Wirtschaft durch unsere Mitbestimmer*innen vertreten. Unsere Betriebsrät*innen übertragen gewerkschaftliche Ideale in gelebte Praxis, unsere Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen sind ein Garant für gute und faire Ausbildungsbedingungen und -chancen. Über unseren Einfluss in den Aufsichtsräten sorgen wir dafür, dass wirtschaftliche Interessen und die Interessen der Belegschaften gleichwertig behandelt werden. Demokratie darf nicht am Werkstor aufhören, deshalb ist dies einer unserer zentralsten Aufgaben. Wir fordern mehr Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten ein, um die Herausforderungen der Zukunft im Betrieb bewältigen zu können.

Das alles ist nicht selbstverständlich. Immer wieder gibt es Vorstöße, gewerkschaftliche Rechte und damit auch Demokratie in unserem Land zu beschneiden. Aktuell gibt es Diskussionen, das Streikrecht weiter ein-

zuschränken. Das ist eine skandalöse Forderung. Das Streikrecht gibt den Beschäftigten ein Instrument der Stärke, um Augenhöhe mit den Arbeitgeber*innen herzustellen. Und nur auf Augenhöhe kann man Kompromisse schließen, die für alle Seiten akzeptabel sind. Das Streikrecht ist ein Instrument demokratischer Auseinandersetzung und deshalb werden wir es verteidigen.

Wir verteidigen auch unsere vielfältige Gesellschaft. Wenn Brandstifter*innen gegen Menschen hetzen, halten wir dagegen. Wenn die neuen Nazis im Parlament mit Ideen aus 1933 auftreten, kämpfen wir für Ideen der Zukunft. Wenn nicht mehr über Menschen, sondern über Margen geredet wird, werden wir als Gewerkschaften den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Denn das ist unser Auftrag und unsere Idee.

Solidarität bedeutet Respekt. Respekt gegenüber den einzelnen Menschen. Respekt gegenüber Lebensentwürfen. Respekt gegenüber individuellen Entscheidungen. Und mit diesem Respekt der Individualität trotzdem zusammenzukommen und gemeinsam und kollektiv zu kämpfen, zu gestalten und die Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Und diese Idee der Solidarität, die Gewerkschaften pflegen, ist Demokratie.

Wir werden am 17. Juni 2023 unseren Tag der Demokratie in Dortmund begehen. Wir wollen als eine der größten Demokratiebewegungen weltweit die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen von verschiedenen Seiten beleuchten, diskutieren und anschließend eine solidarische Antwort finden.





NINAS GAEDIKE

VORSITZENDE DER NRW JUSOS:

NRW Jusos und DGB Jugend, das bedeutet konstruktive Zusammenarbeit jenseits von netten Pressefotos. Gewerkschaftliche Bündnisarbeit und Solidarität meint nämlich etwas anderes. Und zwar das gemeinsame Finden der besten Lösungen für Azubis, dual Studierende und junge Arbeitnehmer*innen. Die Zusammenarbeit ist also kein Selbstzweck. Auch wenn der Kampf mit der Partei oder auch dem politischen Gegner mitunter steinig ist, als NRW Jusos brauchen wir die DGB Jugend und die Jugenden der Einzelgewerkschaften, um in unserer Ausarbeitung eines arbeitspolitischen Profils Lebensrealitäten von Azubis und jungen Arbeitnehmer*innen besser einzubeziehen und um gemeinsam neue Forderungen zu entwickeln. Die Ausbildungsplatzgarantie verdeutlicht genau das. Lange haben wir mit den Gewerkschaften für dieses Mittel innerhalb der Partei gekämpft, schließlich bis zum Koalitionsvertrag. Und heute können wir sagen: Der Druck, den wir gemeinsam aufbauen konnten, er wirkt! Denn anders wäre nicht zu erklären, dass die Ausbildungsplatzgarantie als individueller Rechtsanspruch endlich Realität wird.

Die Themen und Forderungen werden uns so schnell nicht ausgehen, der Erfolg gibt uns Recht, dass wir dabei weiter als NRW Jusos und DGB Jugend eng zusammenstehen. Denn wer, wenn nicht wir, muss den Kampf um gute Arbeit und Perspektiven für junge Leute an vorderster Front führen?

Es ist unsere Verantwortung als Jungsozialist*innen deshalb immer wieder neu zu beweisen: Wir stehen an der Seite der DGB Gewerkschaften. Ob das heißt die eigene Partei auf Kurs zu bringen, Gesetzesvorhaben wie die Ausbildungsplatzgarantie zu erstreiten oder auch zuzuhören und zu lernen, was junge Gewerkschafter*innen von uns als Bündnispartner*innen erwarten. Ganz nach diesem Motto heißt es deshalb: jetzt schon freuen auf unseren Kongress vom 13.-15. Oktober. Denn in Hattingen wollen wir dann mit NRW Jusos und DGB Jugend zusammenkommen und einmal mehr zeigen: Gemeinsam sind wir stark!

Wir nehmen die Herausforderungen an, die an uns gestellt werden. Wir kämpfen für eine solidarische und demokratische Gesellschaft. Dazu laden wir alle ein, die auch für Solidarität und Demokratie einstehen wollen. Kommt nach Dortmund, bringt euch ein und findet unter unserem Dach der Solidarität mit uns gemeinsam Antworten. Wir freuen uns, euch bei unserem Demokratiekongress begrüßen zu können.



ANDREAS JANSEN,

VORSITZENDER DER DGB-JUGEND NRW UND ABTEILUNGSLEITER JUGEND UND DEMOKRATIE BEIM DGB NRW:

Die größten Erfolge wurden immer erzielt, wenn Gewerkschaften und Sozialdemokratie eng beieinander waren und gemeinsam an einer besseren Arbeits- und Lebenswelt der Menschen gearbeitet und für diese gestritten haben.

Mindestausbildungsvergütung, Novellierung des Berufsbildungsgesetz und aktuell die Ausbildungsplatzgarantie – alles konkrete Verbesserung für viele junge Menschen in ihrem täglichen Leben. Mit der Ausbildungsplatzgarantie kommt nun auch endlich die Möglichkeit für abertausende junger Menschen in NRW, Teilhabe an der Gesellschaft und eine Perspektive auf eine selbstbestimmte Zukunft zu bekommen. Die letzten Wochen haben gezeigt, was möglich ist, wenn junge Menschen sich zusammenschließen und gemeinsam ihre Stimme erheben. Wir sind viele und wir fordern ein, was uns zusteht – einen gerechten Anteil an der Gesellschaft.

Ich bin froh, mit den NRW Jusos starke und progressive Partner*innen an unserer Seite zu wissen. Deshalb freue ich mich auf unseren gemeinsamen Kongress im Oktober und auch, viele Jusos bei unserem Tag der Demokratie im Juni begrüßen zu können. Denn Demokratie gibt es nur mit starken Gewerkschaften und einer engagierten jungen Generation. Beides vereinen unsere Organisationen schon seit über 150 Jahren gemeinsam. Für Freiheit, Gleichheit und Solidarität – jeden Tag. Ich freue mich auf gemeinsame Kämpfe und Erfolge der Zukunft.

Tag der Demokratie des DGB NRW in Dortmund

Wann?

Samstag, den 17. Juni 2023

Wo?

Signal Iduna Park Dortmund

Was?

Gemeinsam diskutieren, vernetzen und Wege finden, die Demokratie zu stärken!

Weitere Infos auf der Website des DGB NRW:



NRW JUSOS MACH NEU! AUCH WIR ERFINDEN UNS NEU – IN UNSEREN TEAMS!

„Um die Unterbezirke und Kreisverbände noch besser in unsere inhaltliche Arbeit einzubeziehen, möchten wir Angebote zur inhaltlichen und organisatorischen Vernetzung schaffen, an denen alle Mitglieder partizipieren können. Dies kann zum Beispiel mit der Gründung von landesweiten Arbeitskreisen erfolgen, die sich an inhaltlichen Themenschwerpunkten orientieren. Die Arbeitskreise sollen zum Ziel haben, die politische Partizipation im Verband zu verbessern und mehr von der verbandsinternen Expertise zu profitieren. Aus den Arbeitskreisen können dann beispielsweise auch Aufschläge für Bildungsveranstaltungen entstehen, oder Schreibprozesse für Anträge angestoßen werden.“

Das war der Auftrag, den wir uns in unserem Arbeitsprogramm gegeben haben. Wir haben dann im Anschluss den Verband befragt und die vier beliebtesten Themencluster ausgewählt. Aus den Arbeitskreisen sind nun vier Teams geworden, die bereits zu ersten

Sitzungen zusammengekommen sind und die inhaltliche Arbeit aufgenommen haben. Betreut werden die Teams von jeweils zwei Mitgliedern unseres Landesvorstands.

WAS SIND UNSERE TEAMS?

Die Teams sind landesweite thematische Arbeitskreise, in denen ihr mitarbeiten könnt! Hier kommen Jusos mit ähnlichen Interessen und Expertisen zusammen und arbeiten inhaltlich, organisieren Veranstaltungen, vernetzen und empowern sich in ihrem Themenfeld, verfassen Beiträge und bereiten inhaltliche Impulse vor. Durch dieses „Mehr“ an Beteiligung stärken wir die Meinungsbildung im Verband!

WER KANN MITMACHEN UND WIE?

Alle Jusos in NRW und auch Menschen, die sich für eine Mitarbeit bei den Jusos interessieren!

Einfach auf der jeweiligen Website des Teams eintragen und du kannst loslegen:

www.nrwjusos.de/teams

TEAM

KLIMA, TRANSFORMATION & WIRTSCHAFT – MIT NINA UND MOHAMMAD

Das Team „Klima, Transformation und Wirtschaft“ beschäftigt sich mit allen relevanten Fragen einer jungsozialistischen Klimapolitik, die Umwelt und Mensch in einem in den Blick nimmt. Was heißt sozial gerechter Klimaschutz? Und wie gelingt die Transformation hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaften ohne Arbeitnehmer*innen auf der Strecke zu lassen? Welche Rolle spielt die Systemfrage für unsere Klimapolitik und was ist Industriepolitik? Diese und weitere Fragen interessieren dich? Dann bist du im Team „Klima, Transformation und Wirtschaft“ genau richtig!



nina.gaedike@nrw-jusos.de
mohammad.eibo@nrw-jusos.de



TEAM

EUROPA & AUSSENPOLITIK –
MIT EVIN UND ALICEM

Im Team Europa und Außenpolitik werfen wir einen Blick auf die durch Krisen geprägte aktuelle Lage. Unser Ziel ist es, die jungsozialistische Perspektive auf internationale Zusammenhänge zu erörtern und zu erweitern. Unser Grundwert des Internationalismus bleibt dabei stets der Maßstab für politisches Handeln.



evin.kina@nrw-jusos.de & alicem.polat@nrw-jusos.de



TEAM

BILDUNG – MIT AUDREY UND JOHANNA



audrey.dilangu@nrw-jusos.de
johanna.boergermann@nrw-jusos.de

Lass uns zusammen über Bildung sprechen: Sich für ein chancengerechteres Schul- und Bildungssystem einzusetzen, haben wir NRW Jusos schon immer als Notwendigkeit definiert! Wir kämpfen dafür, dass vor allem junge Menschen die Lebenswege gehen dürfen, die sie erfüllen.

Der Status quo ist allerdings ein anderer: Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse machen deutlich, dass die Bildungsungerechtigkeit stetig steigt und die soziale Herkunft immer noch entscheidend für Bildungschancen ist. Wir NRW Jusos wollen diese systemgemachte Ungerechtigkeit nicht aus den Augen lassen und uns weiterhin mit folgender Frage beschäftigen: „Wie können Bildungsinstitutionen Orte der Chancengerechtigkeit werden und was hemmt diese?“

TEAM

DIGITALISIERUNG, DEMOKRATIE & NETZPOLITIK –
MIT LISA UND MAXI

„Excuse me – wir haben 2023!“ Gesundheitsämter bauen noch immer auf das Faxgerät, digitale Bildung endet für viele beim Kauf eines Tablets und das Internet ist immer noch viel zu langsam. Im Team Digitalisierung, Demokratie und Netzpolitik beschäftigen wir uns mit dem Potenzial von Digitalisierung, aber auch ihren Herausforderungen für die Demokratie – etwa Fake News und Hate Speech auf Social Media und Messengerdiensten. Wenn dich diese Themen interessieren oder du eigene netzpolitische Ideen einbringen möchtest, schau einfach vorbei!



lisa.fuerst@nrw-jusos.de
maximilian.reeck@nrw-jusos.de



TRUE CRIME

MUSS DAS SEIN?



PRO CONTRA

Für den Großteil der True-Crime-Fans geht es nicht um die Brutalität der Fälle, sondern um den geschichtlichen Aspekt und das Mindset, das Menschen zu solch grausamen Taten bewegen kann. Soll heißen, dass ethische Standards und Empathie vorhanden sind. Abgesehen von den aufgezählten negativen Aspekten der True-Crime-Community ist es definitiv positiv, dass besonders viel über ungelöste Vermissten- oder Mordfälle berichtet wird. In Zeiten der sozialen Medien kann so den Familien der Betroffenen geholfen und vor allem dafür gesorgt werden, dass die Opfer nicht in Vergessenheit geraten. Es ist unbestritten, dass gut recherchierte Dokumentationen wie „Making a Murderer“ eklatante Missstände zum Vorschein bringen können: übertriebene Polizeigewalt, juristische Willkür, Rassismus. Ein weiterer Grund ist, dass wir etwas lernen und uns informieren können. Nicht nur darüber, wie solche Taten stattfinden oder was dahintersteckt, sondern zum Beispiel auch, wie unser Rechtssystem funktioniert. Außerdem verspüren wir bei True-Crime-Formaten ein moralisches Involvement, ein Vergnügen auf Meta-Ebene. Wir schauen uns grausame Taten an, aber können auf Meta-Ebene darüber reflektieren und uns dessen bewusst werden, wie wir selbst dazu stehen.

Hartnäckig hält sich der True Crime-Trend am Leben. Podcasts und Serien des Genres bevölkern mittlerweile verschiedenste Streaming-Dienste. Selbst Kevin Kühnert bekannte sich bereits dazu, True Crime-Hörer zu sein. Doch auf der anderen Seite steht True Crime in der Kritik, menschliches Leid zu Unterhaltungszwecken pietätlos auszuschlachten. Margarete Stokowski urteilte in ihrer Spiegel-Kolumne, die allermeisten True Crime-Podcasts seien der „rüdigste Auswurf seit Erfindung von Aufnahme- und Sendetechnik“. Ist es also verwerflich, beim sonntäglichen Wohnungsputz der Nacherzählung brutaler Morde zu lauschen? Schließlich geht es hier um reale Schicksale. Nicht selten verwirklicht sich in ihnen die wohl gefährlichste Seite des Patriarchats, wenn Männer Frauen aus „enttäuschter Liebe“ Gewalt antun, womit misogynie Machtansprüche gemeint sind. Die Täter werden durch die mediale Aufbereitung teils zu Popstars glorifiziert. Geworben wird mit reißerischen Titeln, wie etwa bei der Serie „DAHMER – Monster“, die von einem Mörder handelt, der zahlreichen jungen Männern das Leben nahm. Hinterbliebene beschwerten sich bereits, durch die kommerzielle Verwertung ihrer Verluste retraumatisiert zu werden. Nicht Gerechtigkeit für Opfer und Angehörige, sondern Einschaltquoten und Kapitalinteressen stehen meist im Vordergrund der Produktion. Das Ergebnis mag unterhaltsam sein, trotzdem sollten hier ethische Standards erwartet werden. Wenn die nicht erfüllt werden, tut Stille auch mal ganz gut.



Für Evin (27)

bieten True-Crime-Formate die Möglichkeit, sich kritisch mit Verbrechen, gesellschaftlichen Problemen und auch mit Ermittlungsbehörden und -prozessen auseinanderzusetzen!



Lisa (27)

kann mit True Crime nicht viel anfangen – als Juristin hatte sie dafür schon zu viel mit Real-Life-Strafrecht zu tun.

„JETZT SIND WIR AN DER REIHE.“

Ich bin Selin Ece Arpaz, 24 Jahre alt und kandidiere für die Bürgerschafts- aka Landtagswahlen auf Listenplatz 12 der Bremer SPD und möchte eine starke Stimme für alle sein, die auf eine solidarische und gerechte Politik angewiesen sind.

Vor vier Jahren ereignete sich im Land Bremen das Unmögliche: Die CDU wurde stärkste Kraft und die SPD musste sich nach über 70 Jahren zum ersten Mal mit dem zweiten Platz zufriedengeben. Ich war zu diesem Zeitpunkt noch nicht lange Bremerin, sondern kurz zuvor aus dem wunderschönen Bonn in den Norden gezogen. Trotzdem hatte ich schon damals fleißig im Wahlkampf unterstützt und das Ergebnis traf auch mich. Mit einer rot-grün-roten Koalition konnte zumindest das Bürgermeisteramt in SPD-Hand bleiben.

Nun - vier Jahre später - stehen wir hier in Bremen vor der Aufgabe, die SPD wieder zur stärksten Kraft zu machen und dafür zu sorgen, dass Andreas Bovenschulte Bürgermeister bleibt. Für uns Bremer Jusos ist das kein Selbstzweck, denn die SPD muss nicht um jeden Preis in die Regierung. Das sollten drei Legislativen GroKo gezeigt haben. Doch hier in Bremen haben wir Jusos zusammen mit der SPD viel bewegen können, nicht zuletzt, weil die SPD die Landesregierung anführte.

Ein paar Beispiele? Gerne doch! Bremen ist die Geburtsstätte der Übergewinnsteuer, die jetzt dank Andreas Bovenschulte für viele Unternehmen in ganz Deutschland greift. Auch in Bremen gehen wir als Partei der guten Arbeit voran und haben als erstes Bundesland eine Ausbildungsumlage auf den Weg gebracht, was nicht zuletzt auch ein riesiger Erfolg für uns Jusos ist, die sich seit Jahren unermüdlich dafür eingesetzt haben und zeigen, dass wir als Jugendorganisation auch bei großen Themen mitmischen.

Die kommende Wahl ist für mich natürlich auch deswegen besonders, weil ich diesmal selbst kandidiere.

Wahlkampf mache ich dieses Jahr nicht nur mit anderen, sondern auch für mich selbst. Das ist etwas, was ich mir nur schwer vorstellen konnte, als ich nach Bremen gekommen bin. Warum? Bei der letzten Bürgerschaftswahl durfte ich noch nicht einmal wählen, weil ich die deutsche Staatsbürgerschaft noch nicht besaß.

Ich tue mich sehr schwer mit dem Wissen, dass viele Menschen, die tagtäglich an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitwirken, am Ende

nicht mitentscheiden dürfen. Umso wichtiger ist es meiner Ansicht nach, Menschen in der Politik zu haben, die die Perspektiven der Leute, die keine Wahl haben, mit einbringen und sich für sie stark machen!

Laut für diejenigen zu sein, die ungehört bleiben, ist daher für mich ein besonderes Anliegen. Als Kind aus einem ehemaligen Hartz-IV-Haushalt und als junge Woman of Color weiß ich, was es bedeutet, sich zurückgelassen zu fühlen. Ich will mich für eine solidarische Zukunft einsetzen und dafür, dass die Bedürfnisse aller Menschen in Bremen berücksichtigt werden. Unser Ziel als SPD ist es, eine Gesellschaft zu schaffen, in der alle Menschen die gleichen Chancen und Rechte haben, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer Klasse.

Eins ist klar: Wir jungen Menschen wollen an den entscheidenden Stellen mitentscheiden. Gerade in Zeiten, die geprägt sind von Krisen und Unsicherheiten wissen wir jungen Menschen, wie wichtig es ist, eine Zukunft zu gestalten, die gerecht und fair ist.



Folgt Selin auf Instagram! Ihr wollt im Wahlkampf unterstützen? Dann meldet euch bei den Jusos Bremen: info@jusos-bremen.de

MENSCHEN, KEINE ZAHLE

**WARUM DER NEUSTART IN DER
ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK KEIN
ETIKETTENSCHWINDEL SEIN DARF**

Was die Bereiche Migrations- und Asylpolitik angeht, haben **Sarah (31)** und **Audrey (27)** einen klaren Kompass – anders als so manche Landes- oder Bundesregierung in der Vergangenheit. Und was vermag so ein Kompass? Orientierung geben!

Sowohl die Bundesregierung als auch die schwarz-grüne Landesregierung in NRW haben Reformen und Neupositionierungen im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik angekündigt. Einiges wurde zum Beispiel auf Bundesebene – wie das neue Chancen-Aufenthaltsrecht – bereits in neue Rechtsgrundlagen gelegt. Und auch auf Landesebene zeigte sich die Landesregierung im Rahmen der Regierungsbildung gewillt, einen humaneren Kurs in der landespolitischen Asyl- und Migrationspolitik zu fahren.

So setzte die schwarz-grüne Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag fest, humanere Anforderungen im Kontext von Rückführungen festzulegen oder etwa Unterbringungsstandards genauer in den Blick zu nehmen. Aus jungsozialistischer Sicht bilden die neuen Rechtsgrundlagen ein minimales Korrektiv zum Asyl- und Migrationskurs der letzten Jahre – sie sind für uns allerdings nicht ausreichend, nehmen nicht alle Schutzsuchenden in den Blick, sind immer noch geprägt von rassistischen und unmenschlichen Narrativen und lassen einige technische Herausforderungen, die zum Beispiel bei der Umsetzung in den kommunalen Behörden aufkommen, außer Acht.

GELINGT DER BUNDESREGIERUNG DER PARADIGMENWECHSEL IN DER MIGRATIONS POLITIK?

Die sogenannte Fortschrittskoalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag den Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik auf die Fahne geschrieben. Gelingt ihr das? Und warum ist dieser Paradigmenwechsel überhaupt notwendig? Auf den erstarkenden Rassismus nach 2015 reagierte die GroKo in deutscher Tradition wie schon in den 1990er Jahren mit Asylrechtsverschärfungen.

Im „Hau-ab-Gesetz“ der GroKo wurde 2019 unter anderem eine extreme Verschärfung von

Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam beschlossen. Einige Asylrechtsverschärfungen will die sogenannte Fortschrittskoalition rückgängig machen und sich auch in die Richtung eines modernen Einwanderungslandes bewegen. Doch aktuell wird sehr wenig darüber geredet, wie wir ein modernes Einwanderungsland werden wollen, sondern mehr über Abschiebung und Abschottung.

WAS HAT SICH DIE AMPEL-REGIERUNG VORGENOMMEN?

Die Ampel will mehr Arbeitsmigration durch ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz ermöglichen. Außerdem tritt sie für faire, zügige und rechtssichere Asylverfahren ein, bei denen unter anderem die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte zurückgenommen, Beschäftigungsverbote abgeschafft und das Asylbewerberleistungsgesetz weiterentwickelt werden sollen. Die Ampel möchte mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht die unmenschlichen Kettenduldungen weitgehend abschaffen und ein schnelleres Bleiberecht für Geduldete schaffen. Außerdem will sie Einbürgerungen durch eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts erleichtern. Gleichzeitig hat die aktuelle Bundesregierung aber auch eine Abschiebeoffensive im Koalitionsvertrag festgehalten und will Frontex stärken.

WAS BISHER UND GERADE PASSIERT:

Mit dem ersten Migrationspaket wurde das Chancen-Aufenthaltsrecht eingeführt. Das ist gut und wichtig. Doch damit das Chancen-Aufenthaltsrecht auch voll wirken kann, braucht es dringend das zweite Migrationspaket, welches zum Beispiel die Identitätsklärung durch Versicherung an Eides statt, die Abschaffung der Beschäftigungsverbote und den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte vorsieht. Das Migrationspaket II sollte eigentlich in der ersten Jahreshälfte 2023 kommen, wurde jetzt aber erst einmal vage auf Ende des Jahres 2023 verschoben.

Eigentlich sollten im ersten Quartal 2023 außerdem das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts kommen, aber auch diese Vorhaben stecken gerade fest. Vor allem die FDP hat Probleme bei der Reformierung des Staatsangehörigkeitsrechts. Pläne zur Verbesserung des unsäglichen Asylbewerberleistungsgesetzes, welches eigentlich abgeschafft gehört, gibt es noch gar nicht. Doch wir brauchen so dringend Veränderungen!



WENIGER PARADIGMENWECHSEL, MEHR ALTE RASSISTISCHE DEBATTEN

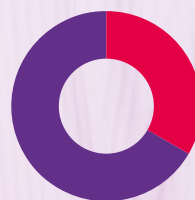
Der Koalitionsvertrag deutet ein Problem schon an: Wir wollen hin zu einem modernen Einwanderungsland, die Reformen werden gleichzeitig aber auch an restriktive Vorhaben wie beispielsweise die Abschiebeoffensive geknüpft, die ein rassistischer Selbstzweck ist.

Seit der Ankündigung der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts hören wir wieder vermehrt die rassistischen Narrative vom „Veramschen“ der deutschen Staatsangehörigkeit. Die Ausschreitungen in der Silvesternacht 2022 kamen zur Instrumentalisierung für rassistische Debatten zusätzlich sehr gelegen.

Aktuell wird viel über Abschiebungen und vermeintlich „illegale“ Migration diskutiert. Und das nicht nur von der CDU (von der AfD müssen wir gar nicht sprechen), sondern auch der sogenannten Fortschrittskoalition: von FDP-Fraktionschef Christian Dürr, der Klimaschutz-Hilfen gegen zurückgenommene Geflüchtete tauschen will, Christian Lindner, der mehr Abschiebungen fordert, aber auch Nancy Faeser, die von „gewaltbereiten Integrationsverweigerern“ spricht. Auch Olaf Scholz fordert für die EU mehr Abschiebung und Abschottung, während weitere Sozialdemokrat*innen sich in diese Debatte einreihen.

Es ist 2023. Fast ein Drittel der Menschen in Deutschland hat eine Migrationsgeschichte. Wir sind ein Einwanderungsland. Die Bundesregierung muss jetzt entscheiden: Will sie einen großen Teil der Gesellschaft weiter unterdrücken und ausgrenzen oder will sie jetzt endlich Schritte zu mehr Gleichberechtigung und Teilhabe gehen?

ES IST 2023. FAST EIN DRITTEL DER MENSCHEN IN DEUTSCHLAND HAT EINE MIGRATIONSGESCHICHTE.



ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK IST AUCH LANDESSACHE – WAS MACHT EIGENTLICH DIE LANDESREGIERUNG?

Natürlich könnte man jetzt sagen, dass die Landesregierung nur wenige rechtliche Handlungsmöglichkeiten hat und die Neujustierung maßgeblicher Rechtsgrundlagen, die einen umfänglichen Kurswechsel zu einer humaneren Asyl- und Migrationspolitik herbeiführen würden, in der Verantwortung der Bundesebene liegt. Wirft man allerdings einen Blick auf die Landesebene, so stellt man fest, dass die Landesregierung eben doch einige Handlungs-

spielräume besitzt, die Ausführung und Anwendungsbereiche asylpolitischer Maßnahmen so zu gestalten, dass sie sich einer progressiveren Asyl- und Migrationspolitik nähern und Kommunen entlasten. So spielt beispielsweise vor allem das Landesaufnahme- und Unterbringungssystem eine enorme Rolle, denn die beiden Systeme regulieren das Ankommen Schutzsuchender in NRW.

Im Rahmen unseres Arbeitsprogramms haben wir die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Fragen, wie Schutzsuchende in NRW ankommen und was sie für eine würdevolle Aufnahme und Unterbringung benötigen, festgeschrieben. Die Fragen sind wichtig, denn die Auseinandersetzung mit ihnen macht deutlich, dass das Prinzip des würdevollen Wohnens als Menschenrecht Schutzsuchende nicht ausschließen darf. Seit der Reform des Landesaufnahmesystems Ende des Jahres 2017 durchlaufen Schutzsuchende ein dreistufiges Aufnahmesystem, in dem sie mit vielen Missständen konfrontiert sind. Fehlende Teilhabe, keine Integrations- und Bildungsmöglichkeiten, keine Privatsphäre und mangelnde Gesundheitsversorgung sind die Standards im jetzigen Landesaufnahmesystem.

Der Flüchtlingsrat 2017 hat dazu im Rahmen einer Erhebung Stellung bezogen und die Lebensbedingungen in sogenannten Sammelunterkünften dokumentiert. Die Dokumentation der Lebensbedingungen und des Wegs hin zur kommunalen Unterbringung macht deutlich, dass sowohl große rechtliche Lücken zu stopfen sind und die Frage und Entwicklung rechtlicher Mindeststandards, die gruppenspezifische Bedürfnisse in den Blick nimmt, essenziell ist. Vielerorts haben Kommunen für sich – beispielsweise per Ratsbeschluss – freiwillige Mindeststandards der Unterbringung festgelegt, dies ist flächendeckend allerdings nicht rechtsbindend. Auch hier sehen wir zu wenige Ambitionen der schwarz-grünen Landesregierung, den Status quo aufzubrechen und rechtliche Mindeststandards der Unterbringung, die beispielsweise Teilhabemöglichkeiten und Schutzkonzepte für vulnerable Gruppen rechtlich festlegen würden, umzusetzen.

Wir Jungsozialist*innen kämpfen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen. Das Ziel muss sein, Schutzsuchende in diesen Kampf einzubeziehen und dies vor allem durch die Korrektur repressiver und menschenverachtender Rechtsgrundlagen im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik zu tun – dafür kämpfen wir unermüdlich auf Bundes- und Landesebene.



JIN, JIYAN, AZADÎ - DER KAMPF GEHT WEITER!

Der Mord an Jina Amini am 13. September 2022 löste im Iran eine weitreichende Protestwelle aus. Nicht nur im Iran, sondern auf der ganzen Welt gehen Menschen seit Monaten auf die Straße, um diesen internationalen feministischen Kampf für die Selbstbestimmung und Freiheit von FINTA weltweit zu führen. Zwar schaut die Welt erst seit einigen Monaten auf den Iran, die Lage ist aber nicht erst seit gestern so. Die jetzigen Proteste sind das Resultat einer jahrzehntelangen staatlich organisierten Unterdrückung der Menschen im Iran.

Bis 1979 regierte im Iran der Schah (König) Mohammad Reza Pahlavi. Zwar bleiben uns Bilder einer modernen Gesellschaft in Erinnerung, allerdings regierte der Schah diktatorisch. Politische Gegner*innen mussten dabei oftmals mit dem Tode rechnen. Nach vielen Protesten kam es dann im März 1979 zur Revolution im Iran. Der Schah wurde gestürzt und „Revolutionsführer“ Ajatollah Chomeini wurde Staatsoberhaupt.

Die Herrschaft des neuen Regimes hieß jedoch nicht, dass die Menschen weniger Repressionen erfuhren. Auch mit dem neuen Regime gab und gibt es im Iran keine Meinungsfreiheit – das Recht selbstbestimmt zu leben, wird bis heute den Menschen verwehrt. Alle, die sich nicht im Sinne des Regimes verhalten, werden verfolgt, festgenommen und ermordet.

Dieses Regime existiert seit über 43 Jahren im Iran. 43 Jahre staatlich organisierte Unterdrückung gegen die Menschen. FINTA, queere Personen, und andere marginalisierte Gruppen, wie z.B. Kurd*innen, sind von enormen Repressionen betroffen.

Schon sieben Monate dauert die aktuelle Protestwelle im Iran an – die Menschen wehren sich mutig gegen das gewaltsame Regime und riskieren ihr Leben. Seit Dezember 2022 richtet das Mullah-Regime

Freiheitskämpfer*innen hin, Proteste werden gewaltsam niedergeschlagen und tausenden Iraner*innen droht die Todesstrafe, weil sie den Mut haben, sich gegen das diktatorische Regime zu stellen. Die Lage im Iran hat sich nicht beruhigt, auch wenn die Medien mittlerweile weniger berichten – im Gegenteil: die feministische Revolution geht weiter.

Wir können den Menschen im Iran nicht vor Ort beistehen, deshalb ist es umso wichtiger, dass wir hier weiterhin unsere Stimmen erheben und laut sind. Der Terror im Iran muss ein Ende finden – das Mullah-Regime muss fallen und die Freiheit aller Menschen endlich Realität werden.

Im März 2023 haben über 80 Aktivist*innen Forderungen im Rahmen der Revolution aufgestellt. In der Gerechtigkeitserklärung „Payam dadkhahi“ sprechen sie sich für einen demokratischen Staat und das Ende der jetzigen Terrorherrschaft aus. Unsere Aufgabe als Jungsozialist*innen ist es, sie in ihrem Kampf zu unterstützen und uneingeschränkte Solidarität mit den mutigen Kämpfer*innen zu bekunden. Unser feministischer Kampf hört nicht an Landesgrenzen auf – wir bleiben laut und unbequem. Wir werden nicht wegsehen und weiter für die Sichtbarkeit und Freiheit der Menschen im Iran eintreten. Wir sind erst frei, wenn wir alle frei sind!

Jin, Jiyân, Azadî
Frau, Leben, Freiheit.



Mandana (21) & Johanna (20) wünschen sich endlich Freiheit für den Iran, ein Land, in dem die Menschen seit Jahrzehnten unterdrückt werden. Wir müssen weiter laut bleiben – die mutigen Menschen im Iran brauchen unsere Unterstützung!



VON NRW BIS BRÜSSEL

SOZIALISMUS-LIEBE INTERNATIONAL!

LET'S GO! UNSER REISEBERICHT:

Am Morgen des 31. Januar waren die Jusos in NRW bereits im Stress. Warum? Allesamt waren wir angewiesen auf die Pünktlichkeit der Deutschen Bahn. Und wie wir alle wissen: Da ist Poker-Spielen meist aussichtsreicher. Doch es ging gut! Voller Vorfreude machten wir uns auf den Weg in die Landeshauptstadt Belgiens. Wir waren alle Feuer und Flamme, denn in den drei Tagen Brüssel erwarteten uns viele spannende Besuche und Diskussionen. Dies verriet uns bereits das facettenreiche Bildungsprogramm. Und wir sollten nicht enttäuscht werden.

DIE EU GREMIEN - DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT BRAUCHT MEHR VERANTWORTUNG!

Mit unseren "Juso-Abgeordneten" im Europäischen Parlament Delara und Timo diskutierten wir die jungsozialistische Perspektive auf die Europäische Union. Vom Lieferkettengesetz über die EU-Außengren-

zen zu Korruptionsfällen und internationalen Klimaschutzziele. Hier wurde debattiert, was das Zeug hält – so wie es sich in der Herzkammer der Europäischen Politik gehört. Im Anschluss an das Gespräch hatten wir dann die Gelegenheit, den Plenarsaal des Europäischen Parlaments zu besichtigen und Tiemos Rede zu Transparenz der Wahlwerbung auf Social Media zu lauschen. Hier lebt die europäische Demokratie auf. Hier wird Fortschritt gewagt. Der Bremsklotz, so merken wir, sind die anderen europäischen Institutionen. Wir besuchten den Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission. In beiden Institutionen bekamen wir eine Führung und einen Vortrag über die Funktion der einzelnen europäischen Institutionen und den europäischen Gesetzgebungsprozess. Uns allen wurde schnell bewusst, warum oftmals in Europa Initiativen Initiativen bleiben oder eben sehr abgespeckt zu Gesetzen werden, wie nicht zuletzt das Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2035. Danke Volker Wissing!

Der Besuch im Ausschuss der Regionen war insbesondere für uns kommunal Engagierte sehr spannend. Er bemüht sich darum die Perspektive von Regionen, also Städten und Kreisen, auf Gesetze der Europäischen Union zu beleuchten und in die europäische Gesetzgebungsdebatte einfließen zu lassen.

AUCH IN EUROPA BRAUCHEN WIR DEN DGB

Im Europabüro des Deutschen Gewerkschaftsbundes empfing uns Tanja Bergrath, die Leiterin der DGB-Verbindungsstelle Europa-politik. Tanja war früher Juso-Bundesgeschäftsführerin. Das merkte man auch sofort: in ihr brennt noch immer der jungsozialistische Anspruch auf eine Gesellschaft der Gleichen in Respekt zueinander. Wir fühlten uns sofort zuhause. Tanja briefte uns zu den Richtlinien für den europäischen Mindestlohn, den Arbeitsbedingungen für Plattformbeschäftigte und zu den Lieferkettengesetzgebungen – am Ende war klar: das DGB-Büro vor Ort justiert in Gesetzestexten minimale Änderungen, aber diese haben weitreichende Folgen. Wie wir selbst durch Antragsdebatten auf Landeskonferenzen und Bundeskongressen wissen: die Liebe zum Detail zählt sich eben auch aus.

RASSISMUS? NICHT MIT UNS!

Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung begrüßten uns Thomas und Anja. Wir diskutierten nach dem Input der beiden zu ihrer Arbeit und der EU-Migrationspolitik über die Menschenrechtsverletzungen in der EU, spezifisch an den europäischen Außengrenzen. In Europa werden die rassistischen Stimmen lauter, die die menschenverachtende Vorstellung einer „Festung Europa“ propagieren und für Abschottungspolitik den Verlust vieler Menschenleben in Kauf nehmen.

Als antirassistischer und internationalistischer Verband nehmen wir aus dieser Diskussion mit: 2024 wird das Menschenbild der Gesellschaft die Europawahl maßgeblich beeinflussen. Es ist an uns als Jusos, Aufklärungsarbeit zu leisten und gemeinsam mit unseren antirassistischen Freund*innen in der Öffentlichkeit laut zu sein. In keinem Fall dürfen wir zulassen, dass die europäische Politik von ihren Feind*innen gestaltet wird.

Auch die Freizeit und das Socializing genossen wir Genoss*innen sehr. Ob Kneipe, Bar, Restaurant oder auch Disco – wir haben mitgenommen, was



Brüssel zu bieten hat! Gemeinsam genossen wir das ein oder andere Kaltgetränk. Waffeln, Pommes und auch das Tiramisu beim

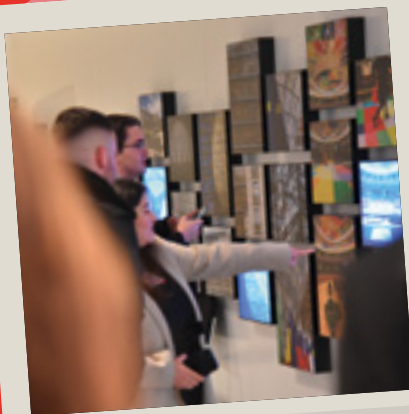
Italiener ließen wir uns nicht entgehen. Essen verbindet eben. Schnell entwickelten wir uns zu einer kleinen Juso-Family in der sich die Jusos Brüssel, die wir gemeinsam besuchten, direkt einfanden. Wir danken Lukas, Lauten, Magali, Matthias, Dorothea, Sophia und den anderen Jusos für den lustigen und sehr bereichernden Abend. Wir haben uns über alle möglichen Themen ausgetauscht und zum Ende haben dann einige auch noch das Tanzbein geschwungen.

FunFact: Die Pommes in Belgien werden traditionell in Rinderfett frittiert. Veganer*innen aufgepasst! Der top secret Tipp der besten Pommes und Waffeln ist bei Ilayda zu ergattern.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Unser Fazit: Die Bildungsfahrt nach Brüssel war sehr bereichernd. Wir danken sowohl unseren beiden LaVos Evin und Rasmus als auch dem Landesbüro, Valerie, Magdalena und allen anderen Beteiligten für das Ermöglichen dieser Fahrt. Wir sind nach der Fahrt einmal mehr überzeugt: Europa ist und bleibt unsere Zukunft! Aber, damit Europa Zukunft hat und „in Vielfalt geeint“ kein leerer Slogan, sondern Überzeugung ist, braucht es Reformen und Mut für Progressivität – dies, liebe Jusos, ist unsere Aufgabe.

Hoch die internationale Solidarität! Lasst uns alles geben für ein Europa der Freien und Gleichen!



Ich bin **Ilayda (20)** von den Jusos Märkischer Kreis. Auch ich sehe mich als Europäerin und bin super dankbar für die Möglichkeiten, die uns dank der EU gewährleistet sind. Besonders am Herzen liegt mir aber auch das empower von jungen Mädchen.



Nina (23) von den Jusos Rhein-Erft versteht sich als Feministin und Europäerin, ist verrückt nach Eis und ihrer Katze Lucy!



Carpe Diem!

ODER AUCH: DIE UNTERDRÜCKUNG DER EINEN IST DAS WANDTATTOO DER ANDEREN

„Zeit, die wir uns nehmen, ist Zeit, die uns etwas gibt“ oder „Glück ist nicht, von allem das Beste zu haben, sondern aus allem, was wir haben, das Beste zu machen“ sind Sprüche, die uns heutzutage häufig begegnen, wenn es darum geht, ein achtsames Leben zu führen. Vom Wandtattoo bis zum Instagram-Reel ist alles dabei. Kurz mal TikTok anmachen und eine vermeintliche Entspannungsmusik hören mit dem einghauchten Text: „Du kannst die Wellen nicht stoppen, aber du kannst lernen zu surfen“. Dabei soll einem geholfen werden, in die Welt der Achtsamkeit einzutauchen und zu lernen, dass alle alles schaffen können, wenn sie doch nur mit sich im Reinen wären und das Hier und Jetzt genießen. Dass dies jedoch nur ein fataler Irrglaube ist, den unsere verkorkste Leistungsgesellschaft zustande bringt, wird dabei nicht beachtet. Denn Ignoranz war schon immer der Lifestyle der Privilegierten, die in ihren Insta-Stories Videos posten, die den Menschen vermitteln sollen, dass sie sich doch einfach mal Zeit für sich nehmen müssten. Na, ganz was Neues!

Das Konzept der Achtsamkeit findet seine Wurzeln im Buddhismus und hat insbesondere im Laufe des letzten Jahrhunderts seinen Weg nach Europa und in die USA gefunden. Im Grunde eine klassische Geschichte der kulturellen Aneignung, in der der weiße Mensch meint, die Welt zu erkunden und die Menschen ihrer Kultur zu berauben, um daraus für sich Kapital schlagen zu können. Klassische Mittel der Entspannung und Meditation fanden so auch ihren Weg in die Psychologie und in andere Heilberufe, sodass Achtsamkeit heutzutage ein ganz bedeutender Teil therapeutischer Maßnahmen gewor-

den ist. Für Menschen, die unter psychischen und physischen Belastungen leiden, ist dies eine große Errungenschaft. Denn Achtsamkeit meint im Wesentlichen die Befreiung von aufgesetzten Normen und Werten, die die individuelle Perspektive auf die Welt prägen, um aus einer urteilsfreien Beobachtung im Hier und Jetzt Entspannung zu finden. So ist die Achtsamkeit unter anderem eine Stütze, um sich für kurze Momente aus den Zwängen der Leistungsgesellschaft zu befreien und der eigenen Gesundheit dienlich zu werden.

Obwohl die Notwendigkeit der Achtsamkeit allein schon jegliche Kritik am Kapitalismus und der neoliberalen Leistungsgesellschaft rechtfertigt, wird Achtsamkeit aus Kapitalinteressen heraus gegenteilig verwendet. So wird das Konzept als Mittel zur Selbstoptimierung verstanden und mit Glaubenssätzen bestärkt, die klassistische Gesellschaftsstrukturen nur widerspiegeln, ohne sie im Ansatz zu reflektieren. „Man muss sich die Zeit nehmen“ wird mit einer Selbstverständlichkeit gesagt, die ohne jegliche Konstruktivität lediglich die vorherrschende Ungerechtigkeit aufzeigt. Zumal die gesellschaftliche Gefahr darin besteht, dass Realitäten aberkannt werden, in denen es durch die Zwänge von Kapitalismus und Dominanzgesellschaft schlichtweg nicht möglich ist, gar über das Thema der Achtsamkeit nachzudenken. Denn aus der Perspektive der Unterdrückten in unserer Gesellschaft kann das verfälschte Verständnis der Achtsamkeit nur als Banalität der Unterdrückenden verstanden werden.



Alicem (24) hilft das Konzept der Achtsamkeit dabei, den eigenen Puls mal wieder etwas in die Höhe schießen zu lassen. Live, laugh, love? Dann lieber links, laut, läuft!

WARME GETRÄNKE GEGEN SOZIALE KÄLTE FÜR DAS FRAUENHAUS AKTION DER JUSOS RHEIN-ERFT

Weltweit erlebt jede dritte Frau in ihrem Leben mindestens einmal physische, psychische oder sexualisierte Gewalt. Die Dunkelziffer ist hoch. Frauenhäuser bieten von häuslicher Gewalt durch ihren Partner betroffenen Frauen, sowie ihren Kindern, Schutz. Leider haben wir in NRW jedoch viel zu wenige Frauenhausplätze für die vielen Betroffenen. Die Belegungsquote der Frauenhäuser beträgt in NRW durchschnittlich 86% und ist damit im deutschlandweiten Vergleich besonders hoch.

Im Schnitt war an 314 Tagen von 365 Tagen im Jahr keine Aufnahme in einem nordrhein-westfälischen Frauenhaus möglich. Erschreckend, wenn man weiß, dass das Telefon täglich klingelt. Rufen diese Frauen nicht in den verbliebenen 51 Tagen des Jahres an, so bedeutet dies: Sie sind ihrem Partner erstmal weiterhin schutzlos ausgeliefert.

Wir fordern die Landesregierung und die Gleichstellungsministerin Josefine Paul (Bündnis 90/ Die Grünen) dazu auf, diesen unhaltbaren Zustand schnellstmöglich zu beenden. Es müssen mehr Frauenhausplätze geschaffen werden und die Finanzierung der Frauenhäuser muss sichergestellt sein. Es kann und darf nicht sein, dass sich Frauenhäuser durch Spenden über Wasser halten!

Ein Beitrag von **Larissa Hensen**
(Gleichstellungsbeauftragte der
Jusos Rhein-Erft) und **Nina Wolff**
(Vorsitzende der Jusos Rhein-Erft).

Im Rhein-Erft-Kreis haben wir aktuell nur ein Frauenhaus. Es hat eine Kapazität von 24 Plätzen und ist an 316 Tagen im Jahr voll belegt. Um das Frauenhaus zu unterstützen, haben wir Jusos Rhein-Erft im Feministischen März eine Spendenaktion geplant und umgesetzt. In allen 10 Städten des Kreises haben wir Spenden gesammelt. Dabei bekommen Spendende im Austausch ein warmes Getränk, Brause oder Schokolade. In sieben Aktionen sammelten wir bereits 1.387,94€, unser Ziel ist die 2.000€-Marke bis Ende März zu knacken.



Ob wir das mit den nächsten Aktionen erreichen, seht ihr auf unserem Instagram Account @jusos_rhein_erft

Wir bedanken uns bei den SPD Frauen aus dem Rhein-Erft-Kreis, der AsF aus dem Rhein-Erft-Kreis (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) und unserer Juso Landesvorsitzenden Nina Gaedike für die Unterstützung unserer Aktion. Let's smash the patriarchy together!





REZENSION SAMMELBAND:

DIE DIVERSITÄT DER AUSBEUTUNG.

ZUR KRITIK DES HERRSCHENDEN ANTIRASSISMUS“, ELEONORA ROLDÁN MENDÍVIL UND BAFTA SARBO (HRSG.)

In dem Sammelband „Die Diversität der Ausbeutung“ geht es um die Kritik an einem weit verbreiteten Antirassismus, der in der Linken zunehmend liberal geprägt und dessen wesentliche Kapitalismuskritik in den Hintergrund gedrängt wird. Der Sammelband beinhaltet Kapitel, die erläutern, warum die marxistische Theorie für den Antirassismus wichtig ist, und beschreibt das Verhältnis zwischen Rassismus und gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen. Außerdem geht es unter anderem auch um soziale Reproduktion, Geschlecht und Rassismus, Migration und Arbeit und um eine Kritik an den Begriffen Intersektionalität und Identität. Für Roldán und Sarbo ist die intersektionale Theorie keine Theorie im klassischen Sinne, sondern in erster Linie deskriptiv. Sie kritisieren ein fehlendes Verständnis von Herrschaftsverhältnissen und Klassenbewusstsein. Klassismus wird einfach als weitere Diskriminierungsform aufgefasst, anstatt die Produktionsverhältnisse zu begreifen, wodurch Lohnabhängige durch jene Menschen ausgebeutet werden, die über die Produktionsmittel verfügen.

Der Sammelband leistet einen wichtigen Beitrag, um einem vermeintlich liberalen, apolitischen Antirassismus etwas entgegenzusetzen. Er macht deutlich, dass Antirassismus Kapitalismuskritik braucht. Dennoch versäumt er aber, den antirassistischen Kampf auch als eigenen Kampf zu begreifen und deutlich zu machen, dass Intersektionalität, Identität und Repräsentation dafür wichtig sind. Rassismus ist, genauso wie die Unterdrückung von FINTA (Frauen, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender), kein Nebenwiderspruch, was bei „Diversität der Ausbeutung“ aber oft durchklingt. Trotzdem absolute Leseempfehlung mit kritischem Blick.



Für Sarah (31) ist die Rede von Haupt- und Nebenwidersprüchen unsinnig. Mit dieser Lektüre lässt sich vielmehr die Verschränkung unserer verschiedenen progressiven Kämpfe verstehen!



REZENSION ALBUM:

ES IST ABEND UND WIR SITZEN BEI MIR ANNENMAYKANTEREIT

Auch wenn die Texte von „Jenny, Jenny, Wolkenreiter“ bis „Die Vögel scheißen vom Himmel und ich schau dabei zu“ keine große Lyrik erwarten lassen, lässt das neue Album von AnnenMayKantereit einen doch etwas sprachlos zurück. Man weiß nicht genau, ob die phänomenale Stimme und gute Musik einen weiter darin bestärken können, die Musik der Kölner Band zu hören. Dann hört man irgendwann ein zweites Mal rein und findet doch Sympathie für einige Songs. Der Titel des neuen Albums „Es ist Abend und wir sitzen bei mir“ romantisiert wieder einmal das Unscheinbare und schon mit dem ersten Song scheint das Banale erstrebenswert. Besondere Highlights des Albums sind „3 Tage am Meer“, „Heute Abend wird es regnen“ und der All-Time-Favorite „Tommi“. Auch wenn man bei „Es ist Abend“ für einen Moment den Gedanken haben könnte, dass unsere Landesvorsitzende Nina erwähnt würde, fällt einem schnell wieder ein, dass niemand mal eben zufällig in Münster vorbeifahren würde. Auch dieses Album lässt Raum, um Lieder auch mal „ironisch“ zu hören. So ist „Erdbeerkuchen“ eine wunderbare Ode an ein Gebäck, dessen Zeit man im Jahr kaum erwarten kann. Alles in allem lohnt es sich definitiv, das Album mal zu probieren und sich von der Musik der Band berieseln zu lassen, um sich die Frage zu stellen: Wer ist eigentlich Katharina? Und ob nicht doch einige Reime einfach des Reimes willen entstanden sind?

Alicem (24) unterstreicht mit dieser Rezension, dass Köln auch Musik hervorbringt, die nicht ausschließlich zur Unterhaltung auf Karnevalssitzungen dienen kann. Platte auf den Spieler – „Lass es kreisen“!



Impressum:

Herausgeber:

Jusos in der SPD
SPD Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 12,
40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 136 22 325
Web: www.nrwjusos.de
E-Mail: info@nrwjusos.de
Twitter: @nrwjusos
Instagram: @nrwjusos
Facebook: NRW Jusos
Telegram: t.me/nrwjusos

Redaktion:

Joris Niggemeier (V.i.S.d.P.), Johanna
Börgermann, Audrey Dilangu, Lisa
Fürst, Alicem Polat, Leander Bröcker
Grafik: Pascal Skwara | skwara.de
Druck: Druckhaus Kruse
Auflage: 12.000
Erscheint dreimal im Jahr

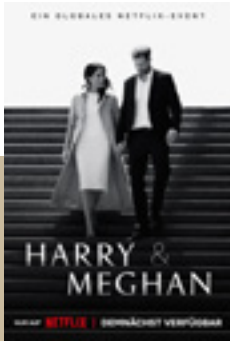
Bildnachweis:

Autor*innenbilder: Julia Meya; Titel: Marisvector on iStock / Pascal Skwara, P3: Julia Meya.
P4: Pascal Skwara, P6: Selin Jasmin. P8: Marisvector on iStock P10-11: skynesher on iStock; P12:
Thomas Range / DGB NRW; P18-20: Julia Meya. P 24: Georgina de Lotz; P26: Karl Dietz Verlag Berlin.
P26: AnnenMayKantereit Records. P27: Netflix Publicity. P27: Stones Throw Records.

GEFÖRDERT DURCH:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen





REZENSION DOKU SERIE:

HARRY & MEGHAN NETFLIX

Das Drama um Harry und Meghan geht in die nächste Runde – dieses Mal auf Netflix in einer Miniserie. Sechs einstündige Folgen, in denen das royale Ehepaar seine eigene Wahrheit erzählt.

Neben der erwarteten emotionalen Achterbahn, einigen Diana-Meghan-Vergleichen von Harry und vielen süßen Videos ihres Sohnes bietet die Serie vor allem eins: einen Einblick in die Arbeitsweise der Presse. So erzählen Harry und Meghan, wie sie Tag und Nacht von Paparazzi verfolgt wurden und wie Meghans Vater im Austausch für eine hohe Geldsumme bereit war, sich mit Büchern über die Monarchie ablichten zu lassen – ganz wie ein sorgsamer Vater eben. Auch Journalist*innen selbst verdeutlichen, dass die Royals sozusagen der Presse gehören – gute Fotos und eine gute Story bringen gutes Geld und genau das sei der Deal zwischen der Monarchie und den Klatschzeitschriften.

Die Dokumentation verfehlt aber die Ursachen dieses Problems zu erkennen und zu kritisieren: den Kapitalismus und sein perfides System, das Menschen in Kapital umwandelt oder wie hier eben in gute Storys. Genau so wenig hinterfragt die Serie die Existenzberechtigung der Monarchie und wie (un)zeitgemäß diese ist – keine Sekunde lang in den über 360 Minuten der Miniserie wird auch nur andiskutiert, ob die Monarchie (und damit auch die Erzählungen, es gäbe Menschen besseren Blutes) nicht einfach abgeschafft werden sollte. Dazu kommt auch der traurige Versuch, Antirassismus in die Serie zu integrieren. Zwar gibt Harry zu, dass er sich vielleicht in seiner Jugend nicht als Nazioffizier hätte verkleiden sollen – tiefgründiger wird es dann aber nicht mehr.

Die Serie verfehlt, zentrale politische Debatten rund um die Monarchie zu führen, dennoch: sie vermittelt eindrucksvoll das brutale Vorgehen der Presse gegenüber Meghan Markle, die aufgrund ihrer Identität als Woman of Color einen harten Kampf führen musste und es auch immer noch muss, obwohl Harry und Meghan schon seit Jahren bei den Royals „ausgestiegen“ sind.



Johanna (20) hat 2018 mit Spannung die Hochzeit von Harry und Meghan verfolgt. Auch, wenn über die Jahre ihr Interesse deutlich abgenommen hat, bot die Klausurenphase einfach eine perfekte Ausrede, um ihre Zeit mit dieser Miniserie zu verbringen.



REZENSION ALBUM:

NATURAL BROWN PROM QUEEN SUDAN ARCHIVES

“Sometimes I think that if I was light-skinned, then I would get into all the parties”. So eröffnet Brittney Parks den Titelsong ihres aktuellen Albums “Natural Brown Prom Queen”. So und nicht anders ist der Vibe des zweiten Studio Albums der unter dem Namen Sudan Archives bekannten Sängerin. Themen wie Female- und Black-Empowerment, zwischenmenschliche Beziehungen sowie Sexualität werden hier, mit einem Selbstvertrauen, das seinesgleichen sucht, präsentiert. Die thematische Vielfalt ist verpackt in einen Genre Mix, der neben Art Pop auch Contemporary R&B und Afro Beats enthält. Die Mischung der verschiedenen Musikstile ist schon länger ein Markenzeichen von Sudan Archives, der ihre Ausbildung als Violinistin sicherlich sehr gelegen kommt, wenn es darum geht, Klangpaletten mühelos miteinander verschmelzen zu lassen. Das Album klingt aber nicht nur großartig, sondern erfüllt auch in gewisser Weise einen Auftrag. Sie macht Erfahrungen von Schwarzen Frauen sichtbar und zeigt, dass Lust und Selbstliebe keineswegs Dinge sind, wofür es sich zu schämen gilt. Wenn das nicht Grund genug ist, in die bunte, laute und sinnliche Welt von Sudan einzutauchen, dann weiß ich auch nicht weiter.

Besondere Song-Empfehlungen sind “Home Maker”, “Ciara”, “NBPQ (Topless)”, “Selfish Soul”, “OMG Britt”, “Freakalizer” & “Homesick (Gorgeous & Arrogant)”. Oder besser: Hört einfach das ganze Album rauf und runter!

Dennis Schnittke (24) von den Jusos Münster liebt dieses Album. Aktuell ist es auf jeden Fall in seinen Top 5 Alben der 2020er.

